



# **Submissionsverordnung 2018 Version 2022**

Mit Änderungen vom 30.05.2022

# Submissionsverordnung

## Inhaltsverzeichnis

|   |         |
|---|---------|
| <b>1. Allgemeine Bestimmungen</b>                 |         |
| Zweck und Geltungsbereich                         | Art. 1  |
| Auftragsarten                                     | Art. 2  |
| Schwellenwerte                                    | Art. 3  |
| <b>2. Submissionsverfahren</b>                    |         |
| Wettbewerbsgrundsätze                             | Art. 4  |
| Beschränkter Wettbewerb                           | Art. 5  |
| Verzicht auf Wettbewerb                           | Art. 6  |
| Wettbewerbsunterlagen                             | Art. 7  |
| <b>3. Angebote</b>                                |         |
| Form und Inhalt                                   | Art. 8  |
| Angebote von Arbeitsgemeinschaften                | Art. 9  |
| Verbindlichkeit                                   | Art. 10 |
| <b>4. Prüfen der Angebote</b>                     |         |
| Öffnung/Prüfung                                   | Art. 11 |
| Ausschluss  | Art. 12 |
| <b>5. Zuschlag</b>                                |         |
| Zuständigkeit                                     | Art. 13 |
| Bereinigte Angebote                               | Art. 14 |
| Vergabe   | Art. 15 |
| Benachrichtigung                                  | Art. 16 |
| <b>6. Vertragsabschluss und Vertragserfüllung</b> |         |
| Form und Inhalt des Vertrages                     | Art. 17 |
| Vertragserfüllung                                 | Art. 18 |
| <b>7. Schlussbestimmungen</b>                     |         |
| Rechtspflege                                      | Art. 19 |
| Ergänzendes Recht                                 | Art. 20 |
| Aufhebung bisheriges Recht                        | Art. 21 |
| Inkrafttreten                                     | Art. 22 |
| <b>Anhang 1</b>                                   |         |
| Muster Selbstdeklarationsformular                 |         |

Der Gemeinderat erlässt gestützt auf

- Die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. November 2019
- Das Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 8. Juni 2021
- Die Verordnung zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 17. November 2021
- Art. 55 Abs. 5 der Gemeindeordnung der Gemeinde Kirchberg BE

## Submissionsverordnung

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 1

Zweck und Geltungsbereich

<sup>1</sup> Die vorliegende Verordnung regelt die Arbeitsvergaben der Organe der Gemeinde Kirchberg, sofern nicht ein anderes Verfahren gemäss kantonalen oder bundesrechtlichen Bestimmungen zur Anwendung gelangt.

<sup>2</sup> Sie bezweckt ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen der zuständigen Organe gemäss Absatz 1.

<sup>3</sup> Sie gewährleistet die wirtschaftliche, ökologische und sozial nachhaltige Verwendung der öffentlichen Mittel <sup>1</sup>.

<sup>4</sup> Die Verordnung gilt im Rahmen des für die Gemeinden massgebenden kantonalen Beschaffungsrecht <sup>2</sup>.

Ausstandspflicht und Vorbefassung

<sup>5</sup> Die Ausstandspflicht richtet sich nach Artikel 13 IVöB <sup>3</sup>.

<sup>6</sup> Die Vorbefassung richtet sich nach Art. 14 IVöB <sup>4</sup>.

#### Art. 2

Auftragsarten

<sup>1</sup> Dieser Verordnung unterliegen alle Arten von öffentlichen Aufträgen, insbesondere

- a) Bauaufträge über die Durchführung von Hoch- und Tiefbauarbeiten
- b) Lieferaufträge über die Beschaffung beweglicher Güter, namentlich durch Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf
- c) Dienstleistungsaufträge

<sup>2</sup> Das anzuwendende Verfahren wird nach dem Wert des einzelnen Auftrags festgelegt.

---

<sup>1</sup> Änderungen 30.05.2022

<sup>2</sup> Änderungen 30.05.2022

<sup>3</sup> Änderungen 30.05.2022

<sup>4</sup> Änderungen 30.05.2022

|                                  |  |
|----------------------------------|--|
| Schwellenwerte                   | <b><u>Art. 3</u></b>   |
| Offenes und selektives Verfahren | <sup>1</sup> Die Vergabe erfolgt im offenen oder selektiven Verfahren, wenn der geschätzte Wert ohne Mehrwertsteuer 250'000 Franken übersteigt.    |
| Einladungsverfahren              | <sup>2</sup> Die Vergabe erfolgt im Einladungsverfahren, wenn der geschätzte Wert ohne Mehrwertsteuer 250'000.00 nicht <sup>5</sup> übersteigt.    |
| Freihändiges Verfahren           | <sup>3</sup> Die Vergabe erfolgt im freihändigen Verfahren, wenn der geschätzte Wert ohne Mehrwertsteuer 150'000.00 <sup>6</sup> nicht übersteigt. |

## II. Submissionsverfahren

|   |  |
|---|--|
| Grundsätze einer nachhaltigen Beschaffung | <b><u>Art. 4</u></b> <sup>7</sup>  |
|   | 1 Bei jeder Beschaffung sind neben den ökonomischen Kriterien auch ökologische und soziale Beschaffungskriterien anzuwenden.   |
|   | 2 Werden ökologische und/oder soziale Beschaffungskriterien nicht bei den technischen Anforderungen oder bei den Eignungskriterien verlangt, werden sie beim Zuschlag mit mindestens 10% bewertet. |
|   | 3 Ein gemeinsamer Einkauf mit anderen Gemeinwesen ist dort wo sinnvoll zu prüfen.  |

### **Art. 5**

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Wettbewerbsgrundsätze | Im freihändigen Verfahren und im Einladungsverfahren kann die Gemeinde als Auftraggeberin frei wählen, welche Anbietenden sie zur Angebotsabgabe einladen will. |
|-----------------------|---|

### **Art. 6**

|                         |  |
|-------------------------|--|
| Beschränkter Wettbewerb | <sup>1</sup> Für Aufträge, bei denen der Auftragswert von 5'000 Franken pro Auftragsposition nicht überschritten wird, können, wo wirtschaftlich sinnvoll, durch die zuständige Kommission oder Verwaltungsstelle Direktaufträge ohne vorheriges Einholen eines schriftlichen Angebotes erteilt werden. Ortsansässige Anbietende sind zu bevorzugen. |
|                         | <sup>2</sup> Für Aufträge, bei denen der Auftragswert von 15'000 Franken pro Auftragsposition nicht überschritten wird, sind zwei schriftliche Angebote einzuholen. Ortsansässige Anbietende sind zu bevorzugen.   |
|                         | <sup>3</sup> Für Aufträge, bei denen der Auftragswert zwischen 15'000 Franken und 30'000 Franken pro Auftragsposition liegt, sind in der Regel drei Firmen zur Angebotsabgabe einzuladen. Ortsansässige Anbietende sind zu bevorzugen.   |

<sup>5</sup> Änderungen 30.05.2022

<sup>6</sup> Änderungen 30.05.2022

<sup>7</sup> Änderungen 30.05.2022

<sup>4</sup> Für Aufträge, bei denen der Auftragswert von 30'000 Franken pro Auftragsposition überschritten wird, sind mindestens drei Firmen zur Angebotsabgabe einzuladen, wobei wenigstens eine anbietende Unternehmung mit auswärtigem Firmensitz zu begrüssen ist.

### **Art. 7**

Verzicht auf Wettbewerb

Auf ein Submissionsverfahren kann verzichtet werden, wenn

- a) es sich um Notstandsarbeiten, -lieferungen oder -leistungen handelt, bzw. bei zeitlicher Dringlichkeit;
- b) ein Auftrag wegen bestehender vertraglicher Verpflichtungen oder aufgrund besonderer Vorschriften nicht frei vergeben werden kann;
- c) ein Auftrag eine besondere Befähigung (Spezialkenntnisse) voraussetzt;
- d) es sich um Ergänzungen bereits vergebener Arbeiten, Lieferungen oder Dienstleistungen handelt.

### **Art. 8**

Wettbewerbsunterlagen

<sup>1</sup> Die ausschreibende Stelle kann von den Anbietenden eine Selbstdeklaration gemäss Anhang I verlangen.

## **III. Angebote**

### **Art. 9**

Form und Inhalt

<sup>1</sup> Die Angebote sind schriftlich, vollständig und fristgerecht gemäss den Angaben in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen <sup>8</sup> einzureichen. Die Texte der Angebotsformulare dürfen nicht abgeändert werden. Bemerkungen, Angebotsvarianten und dergleichen sind auf besonderen Beilagen mitzuteilen.

<sup>2</sup> Teilangebote und Angebotsvarianten können angegeben werden, auch wenn die Ausschreibung dies nicht vorsieht. Sie sind deutlich als solche zu bezeichnen und als besondere Beilage mitzuliefern.

### **Art. 10**

Angebote von Arbeitsgemeinschaften

<sup>1</sup> Bei einem Angebot mehrerer Personen oder Firmen zur gemeinsamen Übernahme der ausgeschriebenen Aufträge (Arbeitsgemeinschaften) ist anzugeben,

- wer der Gemeinschaft angehört,
- wer sie rechtsverbindlich vertritt
- und wer zur Entgegennahme von Zahlungen befugt ist.

---

<sup>8</sup> Änderungen 30.05.2022

<sup>2</sup> Das Angebot ist von sämtlichen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft zu unterzeichnen.

<sup>3</sup> Mit dem Angebot ist bekanntzugeben, welche Subunternehmer am Auftrag beteiligt sind.

#### **Art. 11**

Verbindlichkeit

<sup>1</sup> Mit der Bewerbung unterstellen die Bewerbenden ihre Angebote dieser Verordnung und anerkennen vorbehaltlos die Wettbewerbsbedingungen.

<sup>2</sup> Die Angebote bleiben während 90 Tagen vom Ablauf der Eingabefrist (wenn keine Frist festgesetzt ist vom Datum der Offerteingabe) an gerechnet verbindlich, sofern die Wettbewerbsbedingungen nicht etwas anderes bestimmen.

<sup>3</sup> Den Bewerbenden steht kein Anspruch auf irgendwelche Entschädigungen wegen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote zu.

### **IV. Prüfen der Angebote**

#### **Art. 12**

Öffnung  
Prüfung

<sup>1</sup> Die Angaben sind fachlich und rechnerisch zu prüfen und auf die gleiche Basis zu bringen. Offensichtliche Fehler (Rechnungs- und Schreibfehler, Auslassungen und dergleichen) sind zu berichtigen.

<sup>2</sup> Es ist ein Protokoll mit den Namen der anwesenden Personen, den Namen der Anbietenden, den Eingangsdaten und der Preise der Angebote sowie allfälliger Angebotsvarianten oder Teilangebote zu verfassen, wenn die einzelnen Auftragspositionen 30'000 Franken ohne Mehrwertsteuer übersteigen.

<sup>3</sup> Nach der Prüfung ist eine Vergleichstabelle über die eingereichten Angebote, Angebotsvarianten sowie Teilangebote zu erstellen.

#### **Art. 13**

Ausschluss

Vom Wettbewerb können Angebote und Anbietende ausgeschlossen werden, wenn

- a) sie verspätet oder unvollständig eingereicht werden;
- b) sie der Auftraggeberin falsche Auskünfte erteilt haben;
- c) sie von Bewerbenden stammen, die frühere Aufträge schuldhaft, nicht frist- oder fachgerecht ausführten;
- d) sie für eine richtige Vertragserfüllung keine Gewähr bieten;
- e) deren Preis aufgrund der überprüften Verhältnisse der Bewerbenden wirtschaftlich offensichtlich nicht vertretbar ist (Unterangebote);
- f) sie von Bewerbenden stammen, die ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinde nicht nachkommen;
- g) sie sich im Konkurs befinden;

- h) die verlangte Selbstdeklaration (gemäss Art. 7) nicht eingereicht wird oder diese negative Punkte aufweist.
- i) sie allfällige geforderte Eignungskriterien nicht erfüllen.

## V. Zuschlag

### Art. 14

Zuständigkeit

<sup>1</sup> Die Zuständigkeit für die Vergabe von Aufträgen richtet sich nach der Aufgaben- und Kompetenzordnung der Gemeindeordnung bzw. der Organisationsverordnung der Gemeinde Kirchberg.

<sup>2</sup> Als Grundsatz gilt, dass diejenige Kommission bzw. Verwaltungsabteilung für die Vergabe zuständig ist, in deren Bereich das Geschäft gemäss Aufgaben- und Kompetenzordnung fällt.

<sup>3</sup> In Streit- oder Zweifelsfällen entscheidet der Gemeinderat abschliessend.

<sup>4</sup> Bei Verpflichtungskrediten legt der Gemeinderat die Vergabekompetenzen fest.

### Art. 15

Bereinigte Angebote

Für die Vergabe sind die bereinigten Angebote gemäss Abschnitt IV massgebend.

### Art. 16

Vergabe

<sup>1</sup> Das vorteilhafteste <sup>9</sup> Angebot erhält den Zuschlag. Als solches gilt dasjenige, das die Zuschlagskriterien am besten erfüllt.

<sup>2</sup> Die Zuschlagskriterien sind in den Ausschreibungsunterlagen mit ihrer Gewichtung aufzuführen.

<sup>3</sup> Zuschlagskriterien können insbesondere sein: Qualität, Preis, Termine, Ökologie, Wirtschaftlichkeit, Betriebskosten, Kundendienst, Zweckmässigkeit, technischer Wert, Ästhetik, Kreativität, Infrastruktur.

<sup>4</sup> Die Zuschlagskriterien sind auftragsspezifisch festzulegen und wo nötig zu präzisieren.

<sup>5</sup> Führen Teilangebote und Angebotsvarianten zu qualitativen Verbesserungen oder deutlichen preislichen Vorteilen für die Auftraggeberin, ist dies bei der Arbeitsvergabe zu berücksichtigen.

### Art. 17

Benachrichtigung

---

<sup>9</sup> Änderungen 30.05.2022

Die Bewerbenden sind innert 14 Tagen nach erfolgtem Entscheid über ihre Angebote schriftlich zu unterrichten, wobei die Beauftragten und der Preis des berücksichtigten Angebotes zu nennen sind.

## **VI. Vertragsabschluss und Vertragserfüllung**

### **Art. 18**

Form und Inhalt  
des Vertrages

<sup>1</sup> Die vergebende Stelle regelt mit den berücksichtigten Bewerbern vor Ausführung des Auftrages das gegenseitige Auftragsverhältnis in einem Werkvertrag oder in einem Auftragsschreiben.

<sup>2</sup> Werkvertrag oder Auftragsschreiben haben wenigstens zu enthalten:

- a) die Bezeichnung des Leistungsgegenstandes und des für den Vertragsabschluss massgebenden Angebotes;
- b) die Konditionen, die Erfüllungs- und Zahlungsfristen;
- c) ein Verzeichnis der Pläne (sofern vorhanden);
- d) Angaben über die Haftpflichtversicherung der Unternehmen (Versicherungsgesellschaft, Leistungen);
- e) einen Hinweis auf die rechtlichen Bestimmungen, denen das Vertragsverhältnis unterstellt wird und ihre Geltungsfolge;
- f) Vorgaben für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz;
- g) den Gerichtsstand Burgdorf und die Anwendung von schweizerischem Recht;
- h) Unterschrift der beteiligten Parteien.

### **Art. 19**

Vertragserfüllung

Der Auftrag darf nur mit schriftlicher Bewilligung des Auftragsgebers ganz oder teilweise an Dritte (Subunternehmer) übertragen werden.

## **VII. Schlussbestimmungen**

### **Art. 20**

Rechtspflege

Die Rechtspflege und die Rechtsmittel richten sich nach Artikel 51ff IVöB <sup>10</sup>.

### **Art. 21**

Ergänzendes  
Recht

Für Fragen, die in dieser Verordnung nicht geregelt sind, gelten sinngemäss die bundesrechtlichen und kantonalen Erlasse über das öffentliche Beschaffungswesen.

### **Art. 22**

Aufhebung

Die Submissionsverordnung vom 23. Januar 2006 wird aufgehoben.

---

<sup>10</sup> Änderungen 30.05.2022



bisheriges Recht

**Art. 23**

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

So beraten und beschlossen durch den Gemeinderat am 17. September 2018 in Anwendung von Art. 55<sup>4+5</sup> der Gemeindeordnung.

**GEMEINDERAT KIRCHBERG BE**

sig.  
M. Nyffenegger  
Gemeinderatspräsidentin

sig.  
HP. Keller  
Gemeindeschreiber

**Auflagezeugnis**

Der unterzeichnete Gemeindeschreiber bescheinigt:

1. Die vom Gemeinderat Kirchberg am 17.09.2018 beschlossene Submissionsverordnung hat während 30 Tagen in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt.
2. Die Auflage wurde im amtlichen Anzeiger Nr. 38 vom 20.09.2018 (erste Publikation) unter Hinweis auf die Beschwerdemöglichkeit publiziert.

3422 Kirchberg, 22. Oktober 2018

sig.  
HP. Keller  
Gemeindeschreiber

In Anwendung von Art. 55 Abs. 4+5 der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat die Änderungen in dieser Verordnung am 30. Mai 2022 genehmigt.

**GEMEINDERAT KIRCHBERG BE**

  
Andreas Wyss  
Gemeinderatspräsident

  
Christine Hofer  
Gemeindeschreiberin

### **Auflagezeugnis**

Die unterzeichnete Gemeindeschreiberin bescheinigt:

- 1 Die vom Gemeinderat Kirchberg am 30. Mai 2022 beschlossenen Änderungen in dieser Submissionsverordnung haben während 30 Tagen in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt.
- 2 Die Auflage wurde im amtlichen Anzeiger Nr. 22 unter Hinweis auf die Beschwerdemöglichkeit publiziert.

3422 Kirchberg, 31. Mai 2022

  
Christine Hofer  
Gemeindeschreiberin

## Anhang I

### Selbstdeklarationsformular / Bestätigungen der Anbietenden

#### Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen

Antwort:  
Ja / Nein

1. Halten Sie die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeitsverträge, der Normalarbeitsverträge und bei deren Fehlen die orts- und berufsüblichen Vorschriften ein?
2. Halten Sie die Lohngleichheit für Mann und Frau ein (gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit)?
3. Sind Sie bereit, bei allenfalls beigezogenen Subunternehmen die unten von Ihnen eingeforderten Bestätigungen einzuverlangen und zu kontrollieren, bevor Sie einen Vertrag unterzeichnen?

#### Steuern und Sozialabgaben

4. Haben Sie alle geschuldeten Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern bezahlt?
5. Haben Sie die geschuldete Mehrwertsteuer bezahlt?
6. Haben Sie die geschuldeten Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO, ALV, BVG und UVG) einschliesslich der vom Lohn abgezogenen Arbeitnehmeranteile bezahlt?

#### Umweltgesetzgebung

7. Halten Sie im Rahmen der Produktion die schweizerische und bernische Umweltgesetzgebung ein?

#### Konkursverfahren / Pfändung

8. Können Sie bestätigen, dass gegen Sie kein Konkursverfahren läuft und dass bei Ihnen in den vergangenen zwölf Monaten keine Pfändung vollzogen worden ist?

#### Nachweise

Die Unterzeichnenden beweisen die Richtigkeit der obigen Angaben mit folgenden schriftlichen Nachweisen

- der paritätischen Berufskommission bezüglich Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrags (bei Branchen ohne GAV: Revisionsstelle bezüglich der Einhaltung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen)
- der Steuerbehörde am Geschäftssitz (Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern) bezüglich Bezahlung aller geschuldeten Steuern
- der Mehrwertsteuerbehörde bezüglich Bezahlung der geschuldeten Mehrwertsteuer
- der AHV-Ausgleichskasse bezüglich Bezahlung der geschuldeten AHV, IV, EO und ALV Beiträgen
- der Pensionskasse (geschuldete BVG-Beiträge der Arbeitnehmenden)
- des Konkurs- und Betreibungsamtes
- der Suva (oder einer anderen Versicherungsgesellschaft) betreffend Bezahlung der geschuldeten Berufs- und Nichtberufsunfallversicherung
- der Krankentaggeldversicherung, sofern im GAV vorgeschrieben
- Firmen im Baugewerbe: Bestätigung Stiftung FAR bezüglich flexibler Altersrücktritt (FAR)

Die Nachweise dürfen nicht älter als 1 Jahr sein. Anbietende mit Geschäftssitz ausserhalb der Schweiz legen gleichwertige Bestätigungen aus ihrem Land bei.

Mit der Unterzeichnung dieser Selbstdeklaration übernehmen die Anbietenden die Verantwortung dafür, dass sämtliche Bedingungen und Auflagen von der eigenen Unternehmung und allenfalls beigezogenen Subunternehmen eingehalten werden.

**Die Anbietenden nehmen zur Kenntnis, dass die Auftraggebenden bei Falschangaben oder Missachtung der obigen Grundsätze insbesondere**

- a) den Zuschlag jederzeit widerrufen und den Vertrag aus wichtigen Gründen vorzeitig auflösen,
- b) die Bezahlung einer Konventionalstrafe in der Höhe von zehn Prozent des gesamten Auftragswertes (aber höchstens CHF 100'000) verlangen und/oder
- c) die fehlbaren Anbietenden bis zu fünf Jahren von künftigen Beschaffungen ausschliessen können

Die Anbietenden nehmen weiter zur Kenntnis, dass der Kanton und die Stadt Bern die Angaben aus der Selbstdeklaration und der Nachweise in einer gemeinsamen Online-Datenbank erfassen. Diese hat den Zweck, diejenigen Anbietenden zu verwalten, welche nach Art.20 Abs. 2 der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBV) zertifiziert sind.

Ort und Datum:

Stempel und Unterschrift\*:

.....

.....  
\* Bei Bietergemeinschaft: Unterschriften aller Beteiligten